

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Bitte beachten Sie, dass die Anbieter selbst für die Barrierefreiheit ihrer Inhalte verantwortlich sind. Es kann vorkommen, dass zunächst frei zugängliche Angebote später eingeschränkt oder kostenpflichtig werden.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Am Rand des Wahnsinns](#)
2. [Amerikanische Lage, während Israel den achten Kriegsschauplatz entflammt](#)
3. [Russland vor UNO mit scharfer Rhetorik](#)
4. [„Es geht um Mitschuld“](#)
5. [Brandstifter im Haus der Vereinten Nationen](#)
6. [Moldaus Schicksalswahl: Zwischen EU-Traum und Russland-Realität](#)
7. [Nicolas Sarkozy in Libyen-Affäre zu fünf Jahren Haft verurteilt](#)
8. [Härte auf Platz eins](#)
9. [Investitionen und Institute: Warum man systematisch danebenliegt](#)
10. [„Ist aus dem Ruder gelaufen“: SPD-Chef schließt sich bei Sozial-Reform-Plänen der Union an](#)
11. [Zwangsverrentung kommt zurück: Millionen Bürgergeld-Empfänger müssen bald Rentenkürzungen befürchten](#)
12. [Wohngeld trägt nicht zur Lösung des Problems von Wohnungsnot bei, es ist Teil des Problems](#)
13. [Deutsche haben pro Kopf 87.000 Euro Vermögen - Amerikaner mehr als dreimal so viel](#)
14. [Lufthansa streicht Tausende Jobs in der Verwaltung](#)
15. [Gesundheitskosten: Der deutsche Kanzler entlarvt sich selbst](#)
16. [Auf verlorenem Posten: Im Brennpunkt, 30 Kinder pro Klasse, die meisten sprechen kein Deutsch - eine Lehrerin berichtet](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Am Rand des Wahnsinns**

Wir leben in einer Zeit, in der vieles auseinanderbricht. Die Wirtschaft ächzt, die Gesellschaft ist gespalten, das Vertrauen in Politik und Institutionen liegt am Boden. Und während Millionen Menschen nach Antworten suchen, hören wir immer öfter Töne, die uns das Blut in den Adern gefrieren lassen müssten: Man müsse Russland „in die Schranken weisen“, Flugzeuge würden abgeschossen bei Luftraumverletzung, der Bündnisfall der NATO stehe im Raum. Worte, die früher nur Kriegspropaganda waren, sind plötzlich Bestandteil des politischen Alltags. Russland hat in der Vergangenheit immer schon den Luftraum verletzt ohne, dass man direkt den 3. und letzten Weltkrieg herbeireden musste. Als Normalbürger hat man immer mehr das Gefühl es könnte Leute geben die meinen, man müsse den Russen zeigen, wie stark die NATO ist. Sollte man das wirklich tun? Sollten wir Deutsche wirklich wollen, dass wir Russische Flugzeuge abschießen und die Folgen die ein solches Vorgehen hat tragen?

Quelle: [Günther Burbach im Overton Magazin](#)

dazu auch: **Geschichtsbewusstsein: Was Deutschland von Russland lernen könnte**

Es gibt handfeste Gründe, warum Deutschland auf der schiefen Bahn ist. Fehlendes, oder besser, falsches Geschichtsbewusstsein ist einer der Hauptgründe und wird in Deutschland ungern besprochen. Ein Artikel, der sich an Peter Hänselers Rede bei «Mut zur Ethik» anlehnt.

Quelle: [Peter Hänseler auf Forum Geopolitica](#)

2. **Amerikanische Lage, während Israel den achten Kriegsschauplatz entflammt**

Nach Trumps Treffen mit Selenskyj, Frankreich, Deutschland und Großbritannien bei der UNO wurde ein Entwurf für eine Resolution des UN-Sicherheitsrats vorgelegt, der die unverfälschte Forderung der Europäischen Union und der Koalition der Willigen nach einer Kapitulation Russlands widerspiegelte. Trump erlaubte US-Beamten, sich aktiv an der Diskussion über die Resolution zu beteiligen - ließ sie dann aber im letzten Moment durch das Veto der USA scheitern.

Auf diese verworrene Weise gelingt es Trump - wie Janus - zwei Richtungen gleichzeitig einzuschlagen: Auf der einen Seite steht er zu 100 % hinter der Ukraine, lobt den „großen Geist“ der Ukraine und übernimmt die Kellogg-Linie, dass Putin in großen Schwierigkeiten stecke. Auf der anderen Seite verpflichtet sich Trump jedoch, „die Möglichkeit von Friedensgesprächen nicht einzuschränken und die Spannungen nicht weiter eskalieren zu lassen“.

Quelle: [Alastair Crooke in Seniora.org](#)

dazu: **Wer ist jetzt der “Papiertiger”? - Die EU wird unter der Last der Ukraine**

zusammenbrechen

Donald Trumps Behauptung, Russland sei wirtschaftlich und militärisch schwach und die Ukraine könne den Krieg gewinnen, sind nicht nur Worte – und sie verheißen nichts Gutes für Kiew oder die Europäische Union. (...)

Es gibt jedoch eine wichtige Einschränkung: Laut Trump ist dieser Sieg “mit der Unterstützung der Europäischen Union” möglich. Die Unterstützung der USA ist in dieser aufmunternden Rede nicht enthalten.

Das bedeutet, dass Trump sich vorerst davon distanziert, direkt zu versuchen, den Krieg zu beenden, zumindest kurzfristig. Es bedeutet auch, dass Trump im Gegensatz zu den Jahren unter Biden, als Washington Selenskij quasi einen Blankoscheck ausstellte und Kiew mit Geheimdienstinformationen und Ausbildung unterstützte, nun eine Grenze zu ziehen scheint: Die Verantwortung sollte in erster Linie bei der EU und der NATO liegen.

Quelle: [RT DE](#)

***Anmerkung Christian Reimann:** Trotz der anfänglichen Verteufelung Trumps als erneuter US-Präsident haben sich die US-willigen (Möchtegern-)Entscheidungsträger in Berlin und Brüssel von ihm über den sprichwörtlichen Tisch ziehen lassen. Mit den US-Oligarchen – oftmals als Philanthropen bezeichnet bzw. verklärt – im Hintergrund wollen sie es sich offensichtlich nicht verscherzen.*

3. Russland vor UNO mit scharfer Rhetorik

Das Eindringen von russischen Drohnen und Jets in den Luftraum mehrerer NATO-Staaten sorgt nun bereits seit mehreren Wochen für starke Spannungen. Bei der UNO-Generalversammlung in New York hat sich am Samstag auch der russische Außenminister Sergej Lawrow in der Causa geäußert. Dabei richtete er scharfe Worte an den Westen, für Deutschland griff er sogar zum NS-Vergleich.

Quelle: [ORF](#)

***Anmerkung Christian Reimann:** Anders als es auch die Massenmedien in Österreich darstellen wollen, hatte RT bereits vor einigen Wochen/Monaten berichtet: [Befehlshaber der US-Armee in Europa droht mit Vernichtung Kaliningrads](#). Herr Lawrow musste seine Aussage über „Angriffsvorbereitungen auf unser Gebiet Kaliningrad“ nicht mehr ausdrücklich belegen. Die Beweise liegen vor.*

dazu: Russische Drohnen-Angriffe? Am Himmel über Europa tobt eine gefährliche Propagandaschlacht

Russland testet den Westen mit Drohnen und Kampffjets, heißt es nach Vorfällen in Polen, Estland und Dänemark. Doch so einfach ist es nicht – EU und Nato beuten die

Zwischenfälle für ihre Zwecke aus. Eine Kolumne

Quelle: [Eric Bonse in Berliner Zeitung](#)

dazu auch: **Bundeswehrsoldaten werden nach Dänemark verlegt**

Hintergrund ist eine Bitte der dänischen Regierung um Unterstützung nach massiven und flächendeckenden Vorfällen mit nicht identifizierten Drohnen in der vergangenen Woche. So wurden der Kopenhagener Flughafen sowie fünf weitere Flugplätze wegen der Vorfälle vorübergehend geschlossen. Dem Sender DR zufolge teilten die dänischen Streitkräfte mit, dass in der Nacht zum Samstag zudem Drohnen unbekannter Herkunft nahe Militäranlagen gesichtet worden seien.

Quelle: [t-online](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Unser Leser H.B. erinnert aus diesem Anlass an [Das deutsche Besatzungsregime in Dänemark](#).*

4. „Es geht um Mitschuld“

Der Musiker Michael Barenboim wirft Israel einen Genozid vor und ruft zur Gaza-Demo auf. Ein Gespräch über Verantwortung, Schweigen – und rote Linien in der Kunst.

taz: Herr Barenboim, der israelische Dirigent Lahav Shani wurde jüngst von einem Musikfestival im belgischen Gent eingeladen. Ihm wurde vorgeworfen, seine Haltung zur israelischen Regierung sei unklar. Wie bewerten Sie das als Musikerkollege?
Michael Barenboim: Ich habe mir die jeweiligen Statements angeschaut. Das sollte man immer tun. Das Festival hat die Absage damit begründet, dass sich Shani in seiner Funktion als Chef des Israel Philharmonic Orchestra nicht oder nicht genügend von der israelischen Regierung distanziert hat. Das ist so etwas wie ein Staatsorchester, auch wenn es formal eine gemeinnützige Organisation ist – es repräsentiert Israel und bekommt auch staatliche Zuschüsse.

Quelle: [taz](#)

dazu auch: **Anerkennung in Europa bringt Palästinenser einem eigenen Staat kein Stück näher**

Palästinas “Anerkennungsparade” beraubt das Land seiner Staatlichkeit für eine lange Zeit, befindet der Politologe Geworg Mirsajan. (...)

Ja, nominell bietet sie ihnen viele Vorteile. Zuallererst ist dies moralisch gesehen natürlich ein großer Sieg. Die Palästinenser jubeln, weil fast die gesamte zivilisierte Welt Israel für sein barbarisches Vorgehen im Gazastreifen verurteilt. (...)

Auch aus finanzieller Sicht erwarten die Palästinenser erfreuliche Vorteile: EU-Kommissionsvorsitzende Ursula von der Leyen hat bereits die Gründung einer

sogenannten Gebergruppe für Palästina angekündigt. (...)

Doch wie bedeutend sind diese Vorteile? Und sind es überhaupt Vorteile?

Quelle: [RT DE](#)

5. **Brandstifter im Haus der Vereinten Nationen**

Eigentlich sollte nach dem „Sturz des Regimes“ und dem Syrienkrieg mit der UN-Sicherheitsratsresolution 2254 aus dem Jahr 2015 ein politischer Übergang mit Neuwahlen, einer neuen Verfassung unter Führung und Beteiligung des syrischen Volkes beginnen. Das wird nicht stattfinden, wie der Al Qaida-gestählte neue „Interimspräsident“ erklärt. Er hat Fakten geschaffen. Dazu gehört eine Verfassung und ein neues Parlament. Von den 210 Abgeordneten wird er selber 70 ernennen. Die anderen 140 werden von Komitees ausgewählt, die er und seine Weggefährten von Hay'at Tahrir al Sham (HTS) ausgewählt haben. Allgemeine Wahlen finden mangels Ausweisen und Wahlregister nicht statt. Bei der „Befreiung“ Anfang Dezember 2024 war in Damaskus die Einwohnermeldebehörde geplündert und angezündet worden. Der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, der erfahrene norwegische Diplomat Geir O. Pedersen, hat vor Beginn der UN-Vollversammlung seinen Rücktritt eingereicht, aus „persönlichen Gründen“. In Syrien sind neue Zeiten angebrochen, der politische Übergang im Dialog ist dabei nicht vorgesehen.

Quelle: [Karin Leukefeld auf Globalbridge](#)

6. **Moldaus Schicksalswahl: Zwischen EU-Traum und Russland-Realität**

Die Wahlen in Moldau entscheiden über die Zukunft des Landes zwischen EU-Kurs und Russlandnähe. Ein Experte erklärt die Hintergründe.

Es geht um eine Wahl, die Einfluss auf Europas Machtbalance hat: Am 28. September wählt die Republik Moldau ein neues Parlament - und entscheidet damit auch über ihren künftigen Kurs Richtung EU. Moldau ist seit dem 23. Juni 2022, also kurz nach der russischen Militärintervention in der Ukraine, EU-Beitrittskandidat.

Quelle: [Telepolis](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Wir erfahren also, dass das Land Moldau zerrissen, sehr arm und tief korrupt ist, und dass die EU-Mitgliedschaft für den Rest der EU eine riesige Belastung werden würde. Warum um Gottes Willen wollen aber in der EU alle, zuvorderst die Kommission und [die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich und Polen mit großen Versprechungen](#), dass Moldau Mitglied der EU wird?*

7. **Nicolas Sarkozy in Libyen-Affäre zu fünf Jahren Haft verurteilt**

Der französische Ex-Präsident Nicolas Sarkozy ist in der Libyen-Affäre zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Ein Pariser Strafgericht sprach den früheren Staatschef schuldig, Teil einer kriminellen Vereinigung gewesen zu sein. Die Vorwürfe der

Bestechlichkeit und der illegalen Wahlkampffinanzierung sah es hingegen nicht als erwiesen an. Das Urteil bezieht sich auf die Jahre von 2005 bis 2007. Ab seinem Amtsantritt im Mai 2007 genoss Sarkozy Präsidentialimmunität.

Quelle: [Zeit Online](#)

Anmerkung Christian Reimann: Immerhin ist es in Frankreich möglich, dass Spitzenpolitiker angeklagt und verurteilt werden. Daran könnte sich die deutsche Justiz orientieren. Allerdings gibt es auch ein anderes Urteil bezüglich der derzeitigen EZB-Präsidentin Lagarde: [Schuldig, aber ohne Strafe](#).

8. **Härte auf Platz eins**

Die Nachricht ist so absurd, dass sie eigentlich in jede Satire-Sendung passen würde, und doch ist sie bitterer Ernst: Boris Pistorius, Verteidigungsminister im Kabinett Merz, ist laut aktuellen Umfragen der beliebteste Politiker in Deutschland. Der Mann, der Woche für Woche Milliarden für Rüstung fordert, der neue Drohnen, Raketen und Panzer bestellt, wird als „verlässlich“ gefeiert. Das sagt weniger über Pistorius selbst aus – sondern sehr viel über die politische und mediale Landschaft, die diesen Wahnsinn möglich macht.

Quelle: [Günther Burbach in Manova](#)

9. **Investitionen und Institute: Warum man systematisch danebenliegt**

Ich habe schon im Oktober 2022 darauf hingewiesen, dass die Investitionstätigkeit in Deutschland der kritische Punkt ist und zugleich von den professionellen Prognostikern maßlos optimistisch eingeschätzt wird.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

10. **„Ist aus dem Ruder gelaufen“: SPD-Chef schließt sich bei Sozial-Reform-Plänen der Union an**

Darüber hinaus forderte der SPD-Politiker Strukturreformen im Sozialstaat. „Da ist was aus dem Ruder gelaufen und das muss korrigiert werden“, sagte Klingbeil.

Quelle: [Merkur.de](#)

dazu: **“In diesem Herbst gehen wir die Abschaffung des Bürgergeldes an”**

Unionsfraktionschef Jens Spahn will Menschen, die einen Job ablehnen, das Bürgergeld komplett streichen. Auch bei Miet- und Heizzuschüssen will er kürzen.

Quelle: [Zeit Online](#)

dazu auch: **„Herbst der Reformen“: Merz weckt offenbar Zweifel in der Union**

Der Herbst ist da und hat schon in seinen ersten Tagen fast alles im Gepäck, was er seit eh und je verspricht: viel Regen, dicke Wolken, kaum Sonnenschein und dürftige Temperaturen. Fehlen nur noch die seit vielen Wochen so vollmundig angekündigten

Reformen der Bundesregierung. Kanzler Friedrich Merz hatte von einem wahren „Herbst der Reformen“ gesprochen und zuletzt im Bundestag betont, dieser sei „längst eingeleitet“.

Ein Bericht der Bild erweckt nun aber vielmehr den Anschein, der „Herbst der Reformen“ würde ins Wasser fallen. Nicht nur wachse in der Union der Unmut über die Dauer-Ankündigungen des Regierungschefs, heißt es. Sondern auch: Jens Spahn als Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe intern bereits die Losung ausgegeben, die Erwartungen herunterzuschrauben. Öffentlich solle nicht mehr vom „Herbst der Reformen“ gesprochen werden.

Quelle: [Gießener Allgemeine](#)

11. **Zwangsverrentung kommt zurück: Millionen Bürgergeld-Empfänger müssen bald Rentenkürzungen befürchten**

Millionen Bürgergeld-Empfängerinnen und -Empfänger sind betroffen: Zum Jahreswechsel 2026/2027 endet eine bedeutende Schutzregelung. Die Wiedereinführung der Zwangsverrentung dürfte Menschen, die bereits am Rande der Gesellschaft leben, große Sorgen bereiten. Für Betroffene im Alter von 63 bis 66 Jahren bedeutet dies, dass sie die Kontrolle über den Zeitpunkt ihres Renteneintritts verlieren.

Quelle: [FR Online](#)

dazu auch: **Witwenrente wird gekürzt: So viel weniger Geld gibt es bei Einkommen von 1300 Euro**

Der separate Zuschlag bei der Hinterbliebenenrente fällt ab Dezember 2025 weg. Seit Juli 2024 zahlte die Deutsche Rentenversicherung (DRV) diesen automatisch zusätzlich zu den Erwerbsminderungsrenten aus. Ende des Jahres wird er dann in die Rente mit einberechnet - mit negativen Folgen für das Bankkonto.

Quelle: [FR Online](#)

***Anmerkung Christian Reimann:** Peinlich für ein angeblich wohlhabendes Land, aber die finanzielle „Zitronenpresse“ wirkt. Wäre es nicht vernünftiger, u.a. die jährliche Milliardenhilfe für die Ukraine einzustellen und stattdessen den Bürgerinnen und Bürgern hierzulande mehr Geld zu überlassen?*

12. **Wohngeld trägt nicht zur Lösung des Problems von Wohnungsnot bei, es ist Teil des Problems**

Die Wohnungspolitik der neuen Bundesregierung orientiert sich, wie gehabt, weiter an der Subjektförderung und subventioniert damit die überhöhten Mieten der Vermieter. Gleichzeitig wird die Objektförderung, wie der Bau von Sozialwohnungen, weiterhin

stiefmütterlich behandeln.

Das Wohngeld trägt nicht zur Lösung des Problems von Wohnungsnot bei – es ist Teil des Problems.

Nachdem die Ampelkoalition auf dem Höhepunkt der Energiekrise im Herbst 2022 den Kreis der wohngeldberechtigten Haushalte von 595.000 auf zwei Millionen ausgeweitet hat, warten noch immer Antragsteller auf Bescheide der zuständigen Kommune.

Es liegt dabei gar nicht an der eigentlichen Bearbeitungszeit der Wohngeldanträge, die liegt nur zwischen zwei und acht Wochen, sondern bis ein Antrag überhaupt zur Bearbeitung kommt, dauert es aktuell z.B. in München neunzehn bis zwanzig Monate.

Quelle: [gewerkschaftsforum.de](https://www.gewerkschaftsforum.de)

13. **Deutsche haben pro Kopf 87.000 Euro Vermögen - Amerikaner mehr als dreimal so viel**

Einmal im Jahr nimmt Allianz Research – die Rechercheabteilung der Allianz – die Vermögens- und Verschuldungssituation von Haushalten in fast 60 Ländern unter die Lupe.

Ergebnis für den Report 2025: Das Jahr 2024 war ein Rekordjahr für die globalen Finanzvermögen. Bis Ende des vergangenen Jahres erreichten die Finanzanlagen einen Wert von 269 Billionen Euro – ein Anstieg von 8,7 Prozent. Hinzu kommt das Immobilienvermögen, das allerdings in dem Report ausgeklammert wird.

Den ersten Platz beim Pro-Kopf-Vermögen belegten die USA. Das Netto-Geldvermögen pro Kopf betrug 311.000 Euro. Zum Vergleich: Deutsche verfügten Ende 2024 über ein Pro-Kopf-Vermögen von rund 87.000 Euro.

Quelle: [WirtschaftsWoche](https://www.wirtschaftswoche.de)

dazu: **Deutsche plötzlich 25 Prozent reicher - doch diese Nation stellt alle anderen in den Schatten**

Ermittelt man auf Basis all der Daten das durchschnittliche Pro-Kopf-Vermögen, so liegt auch hier die USA ganz vorn. Auf 311.000 Euro bringen es die Amerikaner im Schnitt, gefolgt von den Schweizern mit 268.860 Euro. Im vergangenen Jahr hatte die Schweiz noch vorn gelegen, doch vor allem der Börsenboom in den USA führte nun zu einer Umkehr der Rangfolge.

Quelle: [Business Insider](https://www.businessinsider.com)

Anmerkung Christian Reimann: Die Recherche des Finanzunternehmens Allianz und die mediale Berichterstattung dazu sollen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zum Kauf von Aktien veranlassen. Sie sollen also noch mehr finanzielle Risiken eingehen und ggf. Verluste hinnehmen.

dazu auch: **Stiftung Familienunternehmen: das geheime Netzwerk der Superreichen**

„Stiftung Familienunternehmen“: Der Name ist geschickt gewählt – er klingt nach Mittelstand, nach Tradition, nach über Generationen geführten kleinen oder mittelgroßen Betrieben. In Wahrheit aber steht die Stiftung für ein elitäres Netzwerk, das vor allem die Interessen der Reichsten vertritt.

Hinter verschlossenen Türen nutzen sie ihre Macht, um politische Entscheidungen in Berlin und Brüssel im Sinne ihrer Konzerne zu beeinflussen – auf Kosten von Klimaschutz und Steuergerechtigkeit. Wer dazugehört, zählte bislang zu den am strengsten gehüteten Geheimnissen der Stiftung und ihres politischen Ablegers, der „Stiftung Familienunternehmen und Politik“.

Quelle: [Greenpeace](#)

14. **Lufthansa streicht Tausende Jobs in der Verwaltung**

Die Lufthansa plant Insidern zufolge den Abbau einiger Tausend Stellen, um Kosten zu senken. Der Airline-Konzern wolle 20 Prozent der administrativen Arbeitsplätze in den kommenden Jahren abbauen, sagten zwei mit den Überlegungen Vertraute der Nachrichtenagentur Reuters. „Das soll am Capital Markets Day am Montag angekündigt werden“, sagte eine der Quellen. Die genaue Zahl stehe bisher nicht endgültig fest, erklärte ein Insider am Freitag. Es dürften jedoch einige Tausend Stellen sein, fügte die Person hinzu. Insgesamt zählte die Lufthansa Group zuletzt knapp 103.000 Mitarbeitende.

Quelle: [WirtschaftsWoche](#)

dazu: **Lufthansa will 4.000 Stellen streichen**

Die Lufthansa will bis 2030 rund 4.000 Stellen streichen. Der Abbau betrifft laut Konzern vor allem die Verwaltung, nicht die „operativen Rollen“. Die verschiedenen Fluggesellschaften sollen enger zusammengefasst werden.

Quelle: [tagesschau](#)

dazu auch: **Lufthansa sieht keine Spielräume bei der Betriebsrente**

Im Streit um die Betriebsrenten tausender Lufthansa-Piloten dämpft die Fluggesellschaft die Erwartungen der Gewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC).

„Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erlaubt schlichtweg keinerlei Mehrbelastungen“, sagte der Chef der Kernmarke Lufthansa Airlines, Jens Ritter, am Freitag einem intern von der Lufthansa veröffentlichten Interview.

Quelle: [hessenschau](#)

15. **Gesundheitskosten: Der deutsche Kanzler entlarvt sich selbst**

Der Staat wälzt Kosten auf die Krankenkassen ab. Statt dies zu korrigieren, fordern Politiker «Eigenleistung» von den Versicherten. [...]

Was hat denn eine Krankenkasse mit dem Aufbau der Telematik-Infrastruktur zu tun? Wieso müssen die Gesetzlichen Krankenkassen mehr als 90 Prozent der Kosten tragen, die durch die Lauterbach'sche «Krankenhausrevolution» entstehen? Warum müssen Krankenkassen für die Refinanzierung der Krankenhauskosten bezahlen, wo dies doch allein Ländersache ist? Warum müssen Krankenkassen einen Zuschuss zum Bürgergeld leisten? Gleiches gilt für die Digitalisierung des Gesundheitswesens oder die Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften.

Die Liste liesse sich immer weiter fortsetzen, aber diese Art von Kosten haben alle eines gemeinsam: Es handelt sich um Kernaufgaben des Staates im sozialen Bereich, die aus dem Steueraufkommen finanziert werden müssten. In einem Gutachten werden versicherungsfremde Leistungen in Höhe von 59,8 Milliarden Euro identifiziert. Diese Summe entspricht bei Versicherten mit durchschnittlichem Einkommen einer versicherungsfremden Belastung von circa 750 Euro im Jahr.

Quelle: [Bernd Hontschik auf Infosperber](#)

16. Auf verlorenem Posten: Im Brennpunkt, 30 Kinder pro Klasse, die meisten sprechen kein Deutsch - eine Lehrerin berichtet

„Es kommen immer wieder Kinder in die Schule, ohne auch nur ein Wort Deutsch zu können. Und das sind keine Ausnahmen oder Einzelfälle mehr, es ist fast die Regel“, sagt Nadine M., Grundschullehrerin im Ruhrgebiet. Doch Zeit und Unterstützung fehlen: Statt mit 18 Kindern, wie noch vor einigen Jahren, unterrichtet sie heute bis zu 30 in einer Klasse. Individuelle Förderung? Kaum möglich. Vorschulische Sprachförderung? Meist Fehlanzeige - und so beginnt für viele ihrer Schüler die Bildungskarriere praktisch chancenlos. „Was tut man den Kindern damit an?“, fragt die Lehrerin. Eine rhetorische Frage.

Quelle: [News4Teachers](#)

Anmerkung unseres Lesers P.R.: *Das ist die soziale Wirklichkeit an Grundschule, insbesondere im Ruhrgebiet. Niemand sollte davor die Augen verschließen. Die Vernachlässigung der Ausgaben für Bildung wird sich irgendwann rächen.*